

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf Grund einer Weiterbildung wird es mir voraussichtlich nicht möglich sein, an der Basiskonferenz am kommenden Samstag teilzunehmen. Da es mir aber wichtig erscheint hier etwas beizutragen, habe ich nun die schriftliche Form gewählt.

Seit nunmehr eineinhalb Jahren haben wir eine Rot-Rot-Grüne Landesregierung. Die ersten Bestandsanalysen gab es schon auf dem Bundesparteitag, sowie nach den ersten hundert Tagen in Regierungsverantwortung. Aus meiner Sicht sind viele gute Dinge auf den Weg gebracht wurden, beispielsweise das Wahlrecht ab 16, Jugendhilfeleistungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, das Newroz-Fest in der Staatskanzlei, die Besetzung des ZDF-Fernsehrates u.a. Daneben gibt es auch einiges was kritisch zu hinterfragen ist insbesondere der Umgang mit Gegendemonstrant*innen von Nazi/AfD-Demos, die gegenwärtige Abschiebep Praxis und sicherlich auch einige andere Dinge die am Samstag thematisiert werden sollten. Gleichwohl es hier relativ viel zu beleuchten gilt, möchte ich mich auf eine wesentliche Frage beschränken:

Was ist das zentrale politische Projekt von Rot-Rot-Grün in dieser Legislaturperiode?

Die Wahl von Rot-Rot-Grün ging einher mit der Abwahl der CDU und damit auch der Wunsch nach einem anderen Politikstil bzw. meines Erachtens einem stärkeren sozialverändernden Anspruch. Einige Dinge wurden dabei schon auf den Weg gebracht und mensch merkt auch einen geänderten Politikstil, aber ein zentrales Projekt ist meiner Meinung nach nicht zu erkennen. Die öffentliche Debatte wird derzeit vor allem von der Gebietsreform bestimmt und ich hoffe, dass allen Beteiligten klar ist, dass damit keinen Blumentopf zu gewinnen ist. Mich treibt bei der Frage nach einem zentralen politischen Projekt auch der Umstand einer Wiederwahl um, was wir ja anstreben wollen. Wenn Bodo Ramelow wieder antreten sollte, mache ich mir eigentlich keine Sorgen um unser Wahlergebnis. Bodo füllt seine Landesvaterrolle erwartungsgemäß gut aus. Klar sein muss uns aber auch, dass wir 2014 unseren Peak erreicht haben und wir nicht mit einem weiteren Stimmengewinn rechnen können. Ebenfalls keine Sorgen mache ich mir um die Grünen. Ich gehe von einem Wiedereinzug aus. Um wen ich mir Sorgen mache, sind die Stimmen der SPD (schon suspekt, dass sich ein LINKER darum sorgt...). Mit was punktet die SPD: Die Gebietsreform? Der sinnlose Schuldenabbau in einer Niedrigzinsphase? Das Verhindern von Enthaltungen im Bundesrat? Ich glaube,

wenn Rot-Rot-Grün eine zweite Amtszeit in Anspruch nehmen will, braucht es mehr, braucht es etwas mit dem WIR herausstechen aus der Lethargie des Verwaltens eines Bundeslandes.

Eine wesentliche sozialpolitische Debatte läuft seit Beginn dieser Legislaturperiode, es ist die Diskussion über das beitragsfreie Kitajahr. Im Koalitionsvertrag ist das erste Jahr festgeschrieben, einige fordern das letzte Jahr, weil es weniger kostet, die Diskussion dreht sich mal so mal so.

Für das erste Jahr würden durchschnittliche Kosten in Höhe von ca. 50 Millionen € anfallen.*

Für das letzte Jahr würden durchschnittliche Kosten in Höhe von ca. 25 Millionen € anfallen.*

Für alle Jahre würden durchschnittliche Kosten in Höhe von ca. 150 Millionen € anfallen.*

(*Schätzungen)

In diesem Kontext habe ich mich gefragt: Warum machen wir nicht den einen entscheidenden Schritt weiter und gehen in die komplette Beitragsfreiheit für alle Eltern in Thüringen? Warum nutzen wir nicht die Chance die Eltern um 150 Millionen Euro zu entlasten? Warum nutzen wir nicht die Chance, diese große Wähler*innengruppe mit einem Paukenschlag zu überraschen und die Bedeutung von Rot-Rot-Grün demonstrativ spüren zu lassen?

Zumal sich aus meiner Sicht noch weitere Argumente dafür finden lassen. Die Landeselternvertretung fordert die Gebührenfreiheit seit vielen Jahren. Durch die Umstellung müssten die Kommunen nicht mehr die jeweils verschiedenen Entgeltrechnungen übernehmen. Personal könnte umgesetzt werden und das Arbeitspensum in den Jugendämtern würde erheblich sinken. Wir würden ein Vorhaben des Koalitionsvertrages sogar noch wesentlich weitgehender umsetzen. **Wir als LINKE würden eine zentrale politische Forderung umsetzen: Dass Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein darf.**

Aus meiner Sicht wäre die Umsetzung dieses Vorhabens ein sozialpolitisches Projekt über das es sich lohnt nachzudenken. Es wäre etwas, dass viele Haushalte entlasten würde. Es wäre meinem Erachten nach ein Projekt, das zur Wiederwahl einer Rot-Rot-Grünen Landesregierung beitragen würde und jedem Partner, aber insbesondere uns als LINKE, der rot-rot-grünen Koalition gut zu Gesicht stehen würde.

Grüße

Robert Richter